

Teheraner Mullah-Staat agiert. Der Anschlag beleuchtet zugleich die Tragödie des 22-Millionen-Volkes der Kurden, das für Autonomie oder einen eigenen Staat kämpft, dessen Angehörige aber von anderen Ländern brutal niedergedrückt werden und die sich überdies untereinander massiv bekämpfen.

Da kommt es immer wieder zu Ausbrüchen von Brutalität kleiner radikaler Minderheiten der Kurden untereinander. Sie rührt her von den jahrelangen Kämpfen des Volkes gegen „seine Unterdrücker“, zu denen es vor allem die Türkei, den Irak und den Iran zählt, sowie vom ideologischen Streit um die Vorherrschaft in der Opposition. Betroffen davon sind oft auch die rund 400 000 Kurden in der Bundesrepublik, die zu etwa 90 Prozent aus der Türkei stammen und von denen viele hier seit Jahren als Gastarbeiter leben oder politisches Asyl erhalten haben.

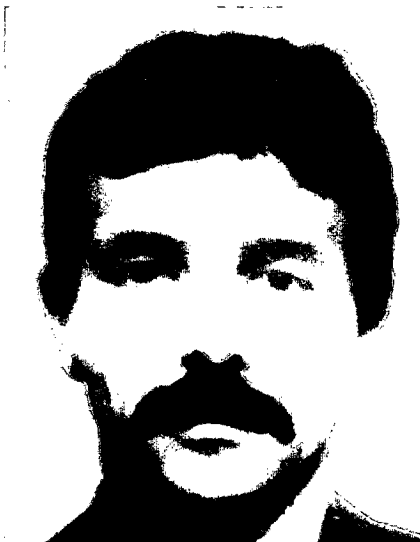
Tödlich getroffen wurde in Berlin der Exil-Kurde und Generalsekretär der KDPI, Sadegh Scharafkandi, 54, der letzte Woche zur Tagung der Sozialistischen Internationale in die deutsche Hauptstadt gekommen war. Mit ihm starben Fatah Abduli, 31, Leiter des Europabüros der KDPI, Humajun Ardalani, 43, KDPI-Chef in Deutschland, und deren Mitkämpfer Nuri Dehkurdi.

Erste Täter-Hinweise verfolgt das Bundeskriminalamt, das seit Freitag im Auftrag des Generalbundesanwalts Alexander von Stahl ermittelt und sogleich eine 25 Mann starke Sonderkommission einsetzte. Der Verdacht führt in zwei Richtungen:

- ▷ nach Teheran, wo islamische Fundamentalisten Haß gegen Andersdenkende predigen und mit Oppositionellen kurzen Prozeß machen; und
- ▷ zur extremistischen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), die sich im Kriegszustand mit der Türkei befindet und zahlreicher Terroranschläge auch in Westeuropa beschuldigt wird.

In Berlin lebende Kurden vermuten, das Killerkommando sei vom Geheimdienst in Teheran geschickt worden, um die KDPI-Funktionäre zu liquidieren. Diese Vermutung wird durch ein vergleichbares Attentat genährt, das offenbar drei Iraner im Juli 1989 in Wien verübt hatten. Damals wurden drei Kurden-Funktionäre erschossen: Der damalige KDPI-Chef Abd el-Rahman Ghassemlou und zwei seiner Gefolgsleute starben in einer Privatwohnung im 3. Wiener Gemeindebezirk, als sie mit einer iranischen Regierungsdelegation Friedensgespräche führen wollten.

Die mutmaßlichen Täter entkamen, dank schlampiger Ermittlungen der österreichischen Polizei und offensichtlichen Drucks der Teheraner Regierung auf Wien. Ghassemlous Witwe bezieht



Phantombilder der Attentäter
Persisches Schimpfwort

tigt offen die iranische Regierung des Mordes an ihrem Mann.

Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz schreibt in seinem jüngsten Jahresbericht, „daß die gewaltsame Verfolgung von Dissidenten“ durch den Iran „fortdauert“. So wird beispielsweise eine „Urheberschaft iranischer Stellen“ für den Mord an Schahpur Bachtiar, dem letzten Premier unter dem Schah, angenommen, der 1991 bei Paris erstochen wurde.

Die Berliner Todesschützen könnten aber auch, so die Vermutung des Sprechers der Bundesanwaltschaft, Hans-Jürgen Förster, in den Reihen der PKK zu finden sein. Diese Organisation konkurriert erbittert mit der KDPI und ist in Teilen eine „terroristische Vereinigung“ (Förster); ihr werden mehrere Morde und Anschläge in der Bundesrepublik zugerechnet.

So läuft etwa beim Düsseldorfer Oberlandesgericht bereits seit drei Jahren der „größte Terroristenprozeß in

der deutschen Geschichte“ (Ex-Generalbundesanwalt Kurt Rebmann) gegen ursprünglich 18 Angeklagte der marxistisch-leninistischen PKK. Ihnen wird vorgeworfen, in Westdeutschland eine terroristische Vereinigung gebildet und „ihre äußeren und inneren Feinde“ – Abweichler oder Abtrünnige – „bis zur physischen Vernichtung“ verfolgt zu haben. Etliche Dissidenten, so die Strafverfolger, seien „gewaltsam sogenannten Volks- oder Revolutionsgerichten zugeführt“ und dann von verschiedenen Tätern getötet worden.

Heute sitzt im riesigen, für mehr als acht Millionen Mark hergerichteten Verhandlungssaal nur noch ein Angeklagter. 4 Männer sind, wegen massiver Störung der Hauptverhandlung, bis zum Ende der Beweisaufnahme vom Prozeß ausgeschlossen. Gegen 13 wurden die Verfahren entweder endgültig oder vorläufig eingestellt – weil sie auf der Flucht sind.

Einer der Fälle, die vor dem 5. Strafsenat verhandelt werden, spielt in Berlin. Im Juni 1984, so die Anklage, hätten PKK-Kämpfer den Renegaten Murat Beyrakli gefangengenommen und später auf grausame Weise getötet – indem „sie ihrem Opfer in Tötungsabsicht einen Stoffknebel in die Mundhöhle drückten und diesen mit Klebeband fixierten“.

Beyrakli erstickte qualvoll. Um Spuren zu beseitigen, übergossen die Täter seine Leiche mit Benzin und zündeten sie an.

Bis zum jüngsten Anschlag in der Hauptstadt haben die Kurden in Deutschland die Opfer der Gewalt, In-schallah, eher geduldig hingenommen. „Berlin war ein Paradies“, sagte vergangenen Freitag ein Exil-Kurde, „jetzt ist es ein Dschungel.“

_____ Anwälte _____

Aufgelöst und hilflos

Der einstige Terroristen-Anwalt Klaus Croissant soll die westdeutsche Linke ausgeschnüffelt haben.

Die Firma stellte ihrem freien Mitarbeiter ein prima Zeugnis aus. Der Mann sei „freimütig und engagiert“, verfüge über „gute Verbindungen“ und „bedeutsame Informationen“ und sei noch dazu bereit, das Unternehmen „vorbehaltslos, allseitig und umfassend zu unterstützen“.

Die gute Beurteilung, schriftlich niedergelegt im Juli 1984, kommt dem Belobigten heute verdammt unlegen:

Die Komplimente stammen vom einstigen DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Karlsruher Bundesanwälte sehen darin ein hinreichendes Indiz, daß der Mitarbeiter „für den Geheimdienst einer fremden Macht“ eine „geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland“ ausgeübt hat.

Der Verdacht richtet sich gegen Rechtsanwalt Klaus Croissant, 61. Von 1981 bis 1989 soll der Jurist unter dem Decknamen „Taler“ für die Stasi spioniert und dafür 71 000 Mark (West) kassiert haben. Bespitzelt hat der Jurist, behauptet die Bundesanwaltschaft, Personen des „linken Spektrums“, dem er selber einst zugerechnet wurde: Friedensbewegte und Grüne, Autonome und Mi-

zösischen Philosophen Jean-Paul Sartre zu einem Besuch im Hochsicherheits-trakt in Stuttgart-Stammheim und zur Kritik an den Haftbedingungen der RAF-Mitglieder zu bewegen.

Croissant wollte zu diesem Zeitpunkt schon „immer weniger Anwalt sein“. Seine Stuttgarter Kanzlei verwandelte sich nach Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes zu einer Art Rekrutierungsbüro der RAF, wo spätere Aktivisten ein und aus gingen und ein Informationssystem für die Häftlinge ausgeheckt wurde.

Nachdem er mehrere Wochen in Untersuchungshaft gesessen hatte, floh Croissant 1977 nach Paris. Weil ein französisches Gericht die Auslieferung an die Bundesrepublik an strenge Auflagen

te. Fündig wurde er etwa bei der *Tageszeitung*, wo er „DDR-Hetze“ beklagte und in Berichten nach Ost-Berlin bedauerte, daß gemäßigte „Reformisten“ nicht „rausgefeuert“ werden könnten: „Leider ist das nicht realistisch.“

Sein größter Spitzel-Coup soll Croissant laut Bundesanwaltschaft 1982 mit der Anwerbung seiner Lebensgefährtin Brigitte Heinrich, Stasi-Deckname „Beate Schäfer“, gelungen sein. Die Frau, wegen Waffenschmuggels verurteilt, war offenbar für die Stasi bald weit interessanter als der Advokat: 1984 wurde sie als Kandidatin der Grünen ins Europaparlament gewählt.

Seither arbeitete das Paar als Team. Croissant schaffte laut Bundesanwaltschaft von Brigitte Heinrich verfaßte Spitzelberichte über Aktivitäten der europäischen Alternativen nach Ost-Berlin und übermittelte seiner Freundin die Aufträge der Zentrale. 1985 wurde er wieder als Anwalt zugelassen, ergatterte sogar einen Job als freier Mitarbeiter des Europaparlaments.

Wie die Aufklärungsarbeit des Duos „Taler“/„Beate Schäfer“ aussah, offenbarte sich in Statements über grüne Parlamentskandidaten, wie sie 1984 mit Hilfe Brigitte Heinrichs zustande kamen.

Kandidat Benny Härlin etwa wurde in den Stasi-Akten so geschildert:

Härlin zählt zur Mitte im politischen Sinne. Er tendiert zur SPD ... Die Idee zur Kandidatur stammt von dem antikommunistischen *taz*-Redakteur Max Thomas Mehr. Es ist noch unklar, ob er sein Mandat annehmen wird.

Über den Kandidaten Darko Wolf, als Gegner von Stacheldraht und Mauer verdächtig, vermerkte die Stasi (Quelle: IMB „Beate Schäfer“) noch Kritisches:

Wolf ist in Schweden und der BRD aufgewachsen. Er vertritt antisozialistische Positionen, vor allem bezogen auf sogenannte Menschenrechtsfragen. Er will im Falle der Mandatsübernahme seinen Ausweis nutzen, um in sozialistische Länder zu reisen, um dort nach seinen Vorstellungen politisch tätig zu werden.

Als Brigitte Heinrich 1987 an einem Herzinfarkt starb, liefen auch Croissants Aktivitäten aus. Der Anwalt, der auf seine Kontaktoffiziere nunmehr laut Stasi-Berichten einen „aufgelösten und hilflosen Eindruck“ machte, war Mielkes Späher womöglich nicht mehr viel nützte.

Ob der Jurist der Bundesrepublik tatsächlich Schaden zufügte, ist noch unklar. Croissant räumte Ende letzter Woche zwar „Kontakte zur DDR“ ein, bestritt jedoch, „Verrat an der Linken“ begangen oder „Agentenlohn“ empfangen zu haben. Seine Verhaftung sei womöglich „späte Revanche“ für seine scharfe Verteidigung der RAF-Gefangenen.

Oberstaatsanwalt Hans-Jürgen Förster von der Bundesanwaltschaft weist diesen Vorwurf zurück: „Es gibt keine alten Rechnungen.“



Anwalt Croissant, Besucher Sartre 1974: Kritik an Haftbedingungen

litante. Anfang letzter Woche wurde Croissant verhaftet.

Ende einer Legende? Croissant, der zuletzt in einer Praxis in Berlin arbeitete, ist einer der umstrittensten Advokaten, die je in der Bundesrepublik praktizierten. International populär wurde der Schwabe Anfang der siebziger Jahre als Verteidiger von Andreas Baader, einem der Mitgründer der terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF). Mit der Übernahme des Mandats wandelte sich der gutbürgerliche Stuttgarter Anwalt, spezialisiert aufs Erbrecht, zum radikalen Systemkritiker.

Schriß polemisierte der Jurist gegen angebliche „Gestapo-Methoden“ und „Isolationsfolter“ in westdeutschen Gefängnissen, diffamierte die Bundesrepublik als „Faschistenstaat“, der eine „Vernichtungsstrategie gegen bestimmte politische Gefangene“ betreibe. Während eines Hungerstreiks von RAF-Häftlingen gelang es ihm 1974, den fran-

knüpfte, wurde der Anwalt nur wegen Unterstützung der RAF zu zweieinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

Nach seiner Haftentlassung blieb Croissant Kritiker des kapitalistischen Systems. Die bessere Welt, die von den Terroristen nicht herbeigebombt werden konnte, suchte er nun da, wo der Sozialismus zumindest real existierte – in der DDR.

Angeworben wurde Croissant offenbar von dem mit ihm befreundeten Professor Friedrich Kaul, einem der bekanntesten DDR-Juristen. Das erste konspirative Treffen zwischen Croissant und Offizieren der Hauptabteilung XXII („Terrorismusabwehr“) fand laut Stasi-Protokoll („IM-Vorgang XV 5231/81“ „Streng geheim“) auf Kauls Vermittlung am 20. Januar 1981 statt.

Fortan meldete der Inoffizielle Mitarbeiter „Taler“ regelmäßig, was er in der westdeutschen Linken an antisozialistischen Strömungen auszumachen glaub-